

# Geht's auch ohne Fitze?

Freitag, 27. November 2020

**Zugegeben, der Schmutzli schaut ja immer etwas grimmig drein. Heuer trägt er besonders schwer an seinem Sack. Dabei schlägt wohl weniger das Gewicht der Päckli zu Buche, als seine Sorge darüber, dass er 2021 gar nichts mehr zu verteilen habe.**

So sieht's nämlich aus: Trotz riesigen Umsatzeinbrüchen in fast allen Branchen und kostenintensiven Unterstützungsmassnahmen aufgrund der Covid-Situation kommen immer neue Begehrlichkeiten aufs Tapet, werden Partikularinteressen gehätschelt, Anfragen und Initiativen lanciert.

## **Äxgüsi, wer soll das bezahlen?**

Womöglich sitzen wir gerade wieder im Lockdown, wenn Sie das lesen – was ich ehrlich nicht hoffe. Mit oder ohne ist die Situation für alle schwierig genug. Kurzarbeit, Einsamkeit, Existenzsorgen, Geschäftsaufgaben, Arbeitslosigkeit drohen. Es wird auch keine Firmenweihnachtsessen geben, ob die Grati dieses Jahr ausbezahlt wird, weiss noch nicht mal das Christkind. Breiter Konsens besteht wohl für die Hilfsmassnahmen zugunsten betroffener Firmen und Selbständiger, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Nun, privat würden wir bei ausserordentlichen Ausgaben den Gürtel an einem anderen Ort enger schnallen. Nicht so in der Politik! Da werden unverdrossen Grundeinkommen und Gratis-ÖV für alle gefordert und in der Verwaltung munter zusätzliche Stellen geschaffen. Beispiele gibt es viele. Das kann man alles gut finden, und die Stelle beim Staat mag ich jedem und jeder gönnen. Aber können wir uns das wirklich leisten?

## **Solidarität und gesunder Menschenverstand**

Wer von einem Covid-Kredit profitierte, soll keine Dividenden und Boni auszahlen, da sind sich alle einig. Aber auch die Verwaltung sollte Ihren Beitrag leisten. Statt nur ein Tropfen auf dem



heissen Stein zu sein, könnte der Verzicht auf die Ausrichtung einer Einmalvergütung an die Mitarbeitenden der Stadt Zürich Beispiel machen. Oder wie wäre es, wenn vom Gemeinderat ins Budget eingestellte Posten nicht ausgeschöpft würden? Wer jetzt darbt, zahlt künftig weniger Steuern. Wie wollen wir dieses Loch stopfen? Das Wünschbare vom Machbaren zu trennen, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Nicole Barandun-Gross

Präsidentin Gewerbeverband der Stadt Zürich